

Giftmüll

GAU im Bergbau

In Deutsch-Ost sollen die größten Giftmülldeponien Europas entstehen. Bonn plant, ehemalige Bergwerke mit Sondermüll verfüllen zu lassen.

Günter Neumann, 40, Leiter des Vorstandsbüros der Kali Südharz AG, muß sich mittags mit einem Pausenbrot begnügen – vor kurzem ist die Betriebskantine für 5000 Kumpel aus Kostengründen dichtgemacht worden. Seit die Berliner Treuhandanstalt in Sondershausen die Regie übernommen hat, geht es mit dem Kali-Unternehmen bergab.

Auf dem Weltmarkt haben die in Thüringen gewonnenen Rohstoffe für die Düngemittelproduktion kaum noch Abnehmer. Bereits im letzten Herbst, als die Treuhand die Vorlage eines „Sanierungskonzeptes“ forderte, sann die Salz-Manager über alternative Nutzungsmöglichkeiten nach.

Die Überlegungen schlugen sich im Protokoll einer internen Besprechung nieder, die am 26. November letzten Jahres in Bonn stattfand – Thema: „Nutzung untertägiger Hohlräume in Thüringen und Sachsen-Anhalt“.

Das Papier aus dem Ministerium des Christdemokraten Klaus Töpfer ist „ein ganz dicker Hammer“, wie ein hessischer Umweltbeamter urteilt: In den unrentablen Bergwerken im Osten sollen nach den bislang geheimgehaltenen Plä-

nen hochgiftiger Sondermüll, verseuchtes Erdreich und schwermetallhaltige Abfälle eingelagert werden.

Während Minister Töpfer am Mittwoch vergangener Woche ein „ökologisches Aufbauprogramm“ von 17 Milliarden Mark für die neuen Bundesländer ankündigte, soll die ehemalige DDR stärker als je zuvor zum Mülleimer Europas degradiert werden. „Insgesamt“, heißt es in dem ministeriellen Vermerk, „besteht ein Hohlraumvolumen von 70 Millionen Kubikmetern.“ Davon stünden „kurzfristig“ 16 Millionen Kubikmeter zur Verfügung – das entspricht dem Fassungsvermögen von 440 000 Güterwagen.

Detailliert führen die Autoren die „Einlagerungskapazitäten“ in den Bergwerken der Ex-DDR auf. Danach könnten im Osten an acht Standorten am südlichen Harzrand sowie in Zielitz bei Magdeburg und in Merkers an der Werra jährlich 800 000 Tonnen Problemstoffe unter Tage gebracht werden. Bei den im We-



sten üblichen Entsorgungspreisen würde der Gruben-Deal einen dreistelligen Milliardenbetrag in die Kassen bringen.

Die Initiative zu dem Plan, die abgewirtschafteten Kaligruben in Goldgruben zu verwandeln, geht von einem ziemlich prominenten hessischen Ex-Politiker aus. Als Aufsichtsratsvorsitzender der neugegründeten Holding Mitteldeutsche Kali AG in Sondershausen zeichnet Professor Ulrich Steger, 57, verantwortlich. Von 1984 bis 1987 diente Sozialdemokrat Steger als Wirtschafts- und Technikminister im Kabinett des damaligen hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner (SPD).

Als in Hessen das erste rot-grüne Bündnis scheiterte, setzte sich der Atomkraft-Befürworter Steger aus der Politik ab. Fortan leitete er das Institut für Ökologie und Unternehmensführung der industriefinanzierten European Business School im Rheingau.

Beteiligt an Stegers Gruben-Deal ist sein einstiger Partner in Bonn: Manfred Popp, der zu Stegers Ministerzeiten in der Nuklearabteilung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie saß. Heute, als Staatssekretär im hessischen Umweltministerium, propagiert Popp die Verfüllung der Kaligruben im Nachbarland. „Das Vorhaben“, beurteilt Popp das Projekt, ergänze „nahtlos die bereits in Arbeit befindliche Konzeptplanung“.

Popp ist zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der Hessischen Industriemüll GmbH (HIM), die unter anderem dem Frankfurter Chemiekonzern Hoechst (17,1 Prozent) sowie dem Land (29,3 Prozent) gehört. Sowohl der HIM-Tochterfirma Himtech, an der wiederum die Hanauer Atomfirma Nukem beteiligt ist, als auch der Kali AG will das Bonner For-

Giftmüll-Lager in Chemnitz, Ex-Minister Steger: „Hinter der Hacke ist es dunkel“



„Da kommt niemand mehr ran“

Hat die DDR-Regierung in einem thüringischen Kalibergwerk radioaktiven Müll verstecken lassen?

In der thüringischen Kaligrube Bleicherode wachte der DDR-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker auch unter Tage über die Planerfüllung. Sein Porträt zierte in der unterirdischen Steuerungszentrale die Stirnwand über einem Kleiderspind.

Heute hängen an derselben Stelle nur noch ein Abreißkalender und ein großformatiges Schild mit der Aufschrift „Glück auf“ – ein Motto, unter dem auch eine geheimgehaltene Bergmannsarbeit verrichtet wurde.

Statt Salzgestein für die Düngemittelindustrie von unten nach oben zu schaffen, ließen Bergleute am 26. Oktober 1980 eine mysteriöse Fracht in der Tiefe verschwinden: 80 eiserne Fässer mit der Aufschrift „Unicol PB 5“. Nachdem das Zeugs 614 Meter unter der Erdoberfläche, im alten Revier VIII, eingelagert worden war, sprengten Fachleute den Zugang. „Da kommt niemand mehr ran“, weiß Betriebsleiter Klaus Melzer.

Per Lastwagen war die seltsame Fuhre auf dem Betriebsgelände des Schachtes Kleinbodungen eingetroffen. Am folgenden Tag, einem Sonntag, luden Grubenarbeiter der Frischschicht die Fässer von den Wagen. Mit einem Materiallift gelangte die Fracht in das unterste Stockwerk des seit fast einem Jahrhundert ausgebeuteten Bergwerks.

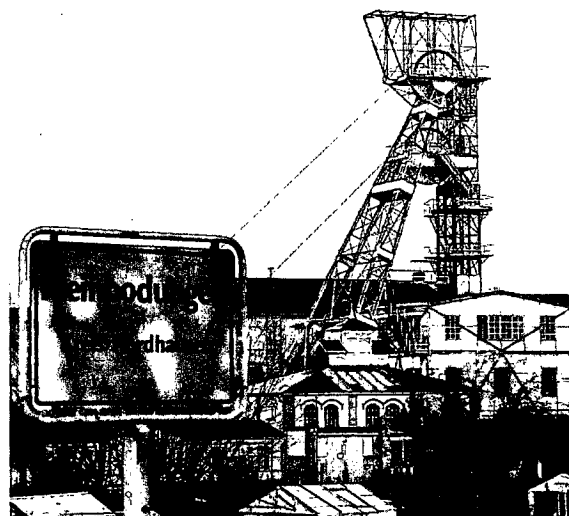
Mit einem internen Rundschreiben, das nach Kenntnisnahme an die Grubendirektion zurückzugeben war, informierte die damalige Geschäftsleitung des VEB Kali Südharz die „gesellschaftlichen Funktionäre“ über die ungewohnte Einlagerung. Bei dem Stoff Unicol PB 5, hieß es da, handele es sich um ein giftiges, zähflüssiges Beizmittel zur „Reinigung von Rohren“.

Dieselbe Auskunft erteilt jetzt der Vorstand der neugegründeten Mitteldeutschen Kali AG. „In unserer Grube gibt es keine Geheimnisse“, versichert Helmut Springer, 49, Vorstand der Kali Südharz AG. Sowohl das zuständige Bergamt in Erfurt als auch das Amt für Bezirkshygiene, die Oberflußmeisterei und die Volkspolizei hätten damals der Faß-Aktion zugestimmt.

Das Unicol PB 5, erklären die Kali-Manager, stamme aus dem Ost-Berliner Kombinat Kraftwerksanlagenbau. Wegen „hoher Giftigkeit“ habe das „alte Beizmittel“ an einem sicheren Platz endgelagert werden müssen. Ka-

li-Chef Springer zum SPIEGEL: „Es gibt keinen Anlaß zu Spekulationen, da wurde alles sauber abgewickelt.“

Die Erklärungen der Betreiber haben einen Schönheitsfehler: Ein Beizmittel Unicol PB 5 gibt es nicht. „Dieser Stoff ist bei uns völlig unbekannt“, sagt Gottfried Müller, ehemals Projektleiter des Kombinats Kraftwerksanlagenbau. Auch in der Datenbank des Berliner Umweltbundesamtes (UBA) ist die Chemikalie, so UBA-Sprecher Matthias Kühnel, „nicht aufzufinden“.



Kaligrube Bleicherode: „Saubere abgewickelt“

Immerhin: In einer Kartei des Ludwigshafener Chemiekonzerns BASF findet sich die Bezeichnung Unicol als Produktname für ein harmloses „Harnstoffharz“. Einziger Hersteller dieses Stoffes für „Kaltverleimungen“ ist eine Firma Canal im norditalienischen Mogliano Veneto.

Das Grundstück Via Olme 3, die einstige Canal-Adresse, beherbergt heute eine kleine Zimmereiwerkstatt der Gebrüder Valongo. Die Lieferfirma von Unicol, so erinnert sich einer der Brüder, sei bereits Mitte der Siebziger nach dem Tod eines der beiden Inhaber aufgelöst worden. „Kaltleim“, so Valongo, „wurde nie in Fässern geliefert.“

Die Frage, wer in der DDR wem auf den Leim gegangen ist, beschäftigt mittlerweile thüringische Umweltexperten. „Wir müssen doch wissen, was für Zeitbomben hier unter uns liegen“, sagt Gisela Hartmann, 51, Lei-

terin des Amtes für Umweltschutz in Nordhausen am Harz. Die behördliche „Falschdeklarierung“ der Fässer lasse „das Schlimmste befürchten“.

In der Tat scheint die angebliche Unicol-Ladung weitaus gefährlicher zu sein, als es den Bergwerksbetreibern einstmals dargelegt wurde. Beizmittel sind bei westlichen Kraftwerksbauern zur „Ablösung von Verbakungen“ gebräuchlich, wie Montageleiter Elmar Krönung von der Heidelberger Kraftanlagen AG sagt – mit den scharfen Mitteln können hochwertige Edelstahlleitungen in Chemie-, aber auch in Nuklear-Anlagen behandelt werden.

Nach einem solchen Einsatz ist das Beizmittel allerdings hochgradig radioaktiv verstrahlt – es muß einer „entsprechenden Entsorgung“ (Krönung) zugeführt werden.

Daß eine „radioaktive, zähflüssige Masse“ in den Unicol-Fässern gewesen sei, daran erinnerte sich unlängst gegenüber dem örtlichen Harz-Kurier auch ein ehemaliger Kumpel aus dem Bergwerk Bleicherode. Das

Kombinat Kraftwerksanlagenbau, das die

Fässer hat einliefern lassen, war auch für Bau und Wartung des Atomkraftwerks in Greifswald zuständig.

Dafür, daß in Thüringen ein illegales Atommüll-Lager existiert, sprechen noch andere Indizien. Radioaktive Stoffe entwickeln, wenn sie deponiert werden, weiterhin Hitze. In einem Salzbergwerk aber führt die Erwärmung des Gesteins zu unkontrollierten Prozessen – besonders gefährdet sind damit verbundene Wassereinträge aus darüber liegenden Gesteinsschichten.

Warnsignale, die auf solche Veränderungen hinweisen, haben Kali-Kumpels in Bleicherode entdeckt. „An der Decke hingen bis zu anderthalb Meter lange Zapfen“, sagt Ronald Zocher, 30. Ein großflächiger Hautausschlag, den der Zocher in der Erfurter Klinik behandeln ließ, sei wahrscheinlich auf „Hautkontakt mit Motorenöl“ zurückzuführen.

schungsministerium, so ergab das Ministergespräch, „ausreichend Mittel“ zur Erkundung „untertägiger Einlagerungen von Sonderabfällen“ im Osten bereitstellen.

Damit, so scheint es, eröffnet sich in der einstigen DDR ein neues Schlupfloch für Westeuropas Sondermüll-Produzenten. Bereits Ende der siebziger Jahre hatte Ost-Berlins Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski dem Klassenfeind zu einem Ausweg aus dem Müllnotstand verholfen. Gegen harte Währung baute der SED-Staat über seine „Gesellschaft für Ausfuhr und Einfuhr von Bergbauerzeugnissen“ und über die Schalck-Firma „Intrac“ die Deponie Schönberg im Grenzland östlich von Lübeck zur größten Sondermüllkippe Europas aus.

Seither rollen aus fast allen Bundesländern, aber auch aus Italien, Frankreich, Belgien und Schweden, Lastwagen mit teilweise hochgiftigen Frachten nach Mecklenburg-Vorpommern. Demnächst wird der europäische Sondermüll-Tourismus wohl ein weiteres Ziel ansteuern: Thüringens Bergwerke.

Schon vom „zweiten Quartal 1991“ an, so jedenfalls planen es die neuen Abfallhändler in der Nachfolge von Geldbeschaffer Schalck, soll im ehemaligen Kalisalzbergwerk Volkenroth bei Mühlhausen die erste Fuhr eingelegt werden. Im Eiltempo strebt Stegers Holdinggesellschaft gegenwärtig eine „zeitige Genehmigung“ an.

Die Hektik ist verständlich. Denn am 1. April dieses Jahres tritt eine Novelle zum deutschen Abfallrecht in Kraft. Danach unterliegt die Genehmigung von Untertagedeponien ungleich enger gefaßten Bedingungen als zuvor. Die Betreiber sind zum Nachweis verpflichtet, daß die eingelagerten Stoffe unter gar keinen Umständen an die Umwelt gelangen können.

Bislang war es schon nicht einfach gewesen, eine Sondermüllanlage genehmigt zu bekommen. Erst nach einem jahrelangen Planfeststellungsverfahren durfte beispielsweise in der Untertagedeponie im hessischen Herfa-Neurode 1972 giftiger Müll eingelagert werden. Die Grube gilt als weltweit einzigartig; zu ihren Kunden zählen Schweizer Chemiekonzerne und sogar US-Firmen.

Um die schon damals scharfen Auflagen zu erfüllen, mußten die Grubeneigner Millionen investieren. „Wir müssen die Stoffe zuverlässig aus dem Biozyklus entfernen“, sagt Herfa-Neurode-Direktor Rudolf Kokorsch.

Tief unter Herfa-Neurode, in einem 250 Millionen Jahre alten Zechstein-

Salzgebirge mit einer mehr als hundert Meter mächtigen Tonschicht, seien „extrem günstige geologische Verhältnisse“ gegeben, beschreibt Kokorsch seine Deponie. Die Gruben jenseits der Werra hingegen werden von Fachleuten durchweg kritisch eingeschätzt.

Zwar setzt sich der hessische Salzstock, zu dem Herfa-Neurode gehört, unter der ehemaligen Grenze bis nach Thüringen fort. Aber eine „unterschiedliche Abbauphase“, die von maximaler Planerfüllung diktiert war, hat unter der Ex-DDR „größere Hohlräume“ als im Westen entstehen lassen. Daher sei, fürchtet Kokorsch, die „Standssicherheit“ des Gebirges nicht gewährleistet.

Für die Gruben am Südrand des Harzes fallen die Expertenurteile noch negativer aus. Eingelagerte Gesteins-

te DDR-Führung nicht daran gehindert, dort geheimgehaltene Untertagedeponien anzulegen.

In der Kaligrube Sollstedt bei Bleicherode etwa verschwanden mit „bergrechtlicher Genehmigung“ 140 Tonnen giftiger Rückstände. Nach dem Einlagerungsprotokoll gibt es zu den Giftstollen heute „keine Zugangsmöglichkeiten“ mehr – sie wurden gesprengt. Kumpelspruch: „Hinter der Hacke ist es dunkel.“

In der Schachtanlage „Marie“, die mit der umstrittenen Atommüllgrube Bartleben bei Morsleben (SPIEGEL 43/1990) unterirdisch verbunden ist, wurden nach einem DDR-Ministerratsbeschluss 1987 zehn Spezialkammern mit Stahltonnen versehen. Dahinter lagerte die Magdeburger Härtol GmbH bis zum

Juni letzten Jahres sogenannte Härterei-Altsalze ein, insgesamt mehr als 20 000 Fässer.

Die dunkelgrauen und weißen Feststoffe, so warnt ein neuer Sicherheitsbericht für das benachbarte Atommüll-Lager, können bei Feuchtigkeit hochgiftige Blausäure freisetzen. Die Kumpel von der „Marie“ wurden daraufhin mit Gasspürgeräten ausgerüstet. Der heikle Sondermüllvertrag ist mittlerweile storniert worden.

In zumindest einem Fall ließ Ost-Berlin offenbar auch falsch deklarierte Fässer in Kaligruben deponieren. Umweltschützer fürchten, daß auf diese Weise sogar radioaktiver Müll beiseite geschafft worden ist (siehe Kasten Seite 97).

Mit nichtnuklearen, wenn gleich ebenfalls gefährlichen Abfällen ist die DDR überaus sorglos umgegangen. Ob hochgiftige Chemieabwässer, die in die Silbersee bei Wolfen strömten, ob dioxinhaltige Pestizidrückstände,

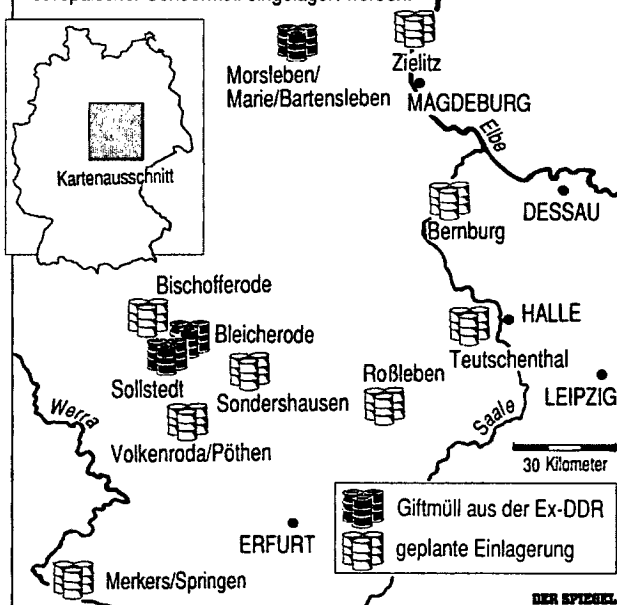
die in Steinbrüche bei Magdeburg geschüttet wurden, oder Schwermetalle, die im Berliner Teltowkanal landeten – die neuen Bundesländer sind übersät mit Altlasten. Auch manches Betriebsgelände, so wissen Insider, wurde jahrzehntelang als Sondermüllkippe mißbraucht.

Seit der Wiedervereinigung herrscht im Osten Deutschlands weithin ein Abfall-Chaos. Weil Deponien geschlossen und Verbrennungsöfen stillgelegt wurden, wächst Tag für Tag die Halde gefährlicher Stoffe.

Welches Geschäft mit dem Sondermüll im Osten zu machen ist, haben mittlerweile etliche westliche Investoren entdeckt. So ging die ehemalige Kaligrube Teutschenthal bei Halle mit Hilfe der Treuhandgesellschaft an ein dubioses Unternehmen namens „Halsafe

GIFT UNTER TAGE

In diesen Bergwerken sollen bis zu 70 Millionen Kubikmeter europäischer Sondermüll eingelagert werden.



schichten erhöhen dort die Gefahr von unkontrollierten Wassereintrüben. Ulf Wiedemann, Deponiefachmann im Berliner Umweltbundesamt, fürchtet: „Das ist der GAU im Bergbau.“ Die Wasseradern könnten giftige Stoffe über Kilometer hinweg zu Trinkwasservorkommen transportieren.

Wassereintrüben sind in der Region nicht eben selten. So lief im Jahre 1945 innerhalb weniger Tage im Nordharz bei Bad Harzburg die Grube „Vienenburg“ voll. Zwei Jahrzehnte später mußte eine Grube bei Göttingen wegen eines Wassereintrübens aufgegeben werden. Im thüringischen Sondershausen stießen die Kumpel unter Tage gar unverhofft auf ein Erdgaslager.

„Alle diese Gruben“, folgert Fachmann Kokorsch, „sind äußerst kritisch zu beurteilen.“ Das allerdings hat die al-



KARRIERE! Mit Sinn für Ästhetik und Komfort.

Elegant, repräsentativ, designorientiert. Eine markante Erscheinung im Büro – Klöber Cassys. Die perfekte Funktion, der stilvolle Auftritt. Ausdruck hoher Leistungsbereitschaft.

Unverkennbares Design-Element: die charakteristische Diagonalsteppung. Sofort spürbar: der außergewöhnliche Sitzkomfort. Die Punkt-Synchron-Mechanik garantiert dynamisches Sitzen in Perfektion.

Klöber Cassys –
Drehstuhl, Drehstühle,
Konferenzanlagen
in Holz und Stahl.
Ein Stück zeitgemäßer
Lebensqualität.

Design:
Burkhard Vogtherr

 **klöber**
Die Freiheit,
besser zu sitzen

☐ Bitte senden Sie mir den
CASSYS-Katalog und nennen Sie
mir den zuständigen Fachhändler.

SP

GmbH“, das die ehemaligen Gebäude der Grube „Deutschland“ an der Straße der Einheit bezogen hat.

Die neuen Grubenherren in Teusenthall werden von der Wirtschaftsprüferfirma Udo Zink & Partner im niedersächsischen Oldenburg vertreten. Über den Firmenzweck verweigert Zink jegliche Auskunft. Einem Behördenpapier zufolge wird die Grube „Deutschland“ zur Zeit auf ihre Eignung für „Untertagedeponie-Projekte“ untersucht.

Schnell zugegriffen haben auch andere Investoren. Der Energiekonzern Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk (RWE) und der Herner Baukonzern Heitkamp etwa haben sich bei der Kali Werra AG engagiert. Für die Grube Roßleben in Thüringen hat sich eine Sina GmbH im baden-württembergischen Pforzheim Optionen gesichert; mit der Kali Südharz AG ist die US-deutsche Ameropa aus Berlin im Geschäft.

Möglicherweise waren allerdings all diese Mühen vergeblich. Denn wie unsicher Untertagedeponien von den Behörden eingeschätzt werden, zeigt der Streit um die Nutzung von Bergwerken im Westen Deutschlands.

In Baden-Württemberg etwa sind nach Ansicht von Helmut Birn, dem Leiter der Abfall-Abteilung im Stuttgarter Umweltministerium, lediglich „zehn Prozent“ des Sondermülls für eine unterirdische Lagerung geeignet. Denn brennbare, explosive oder gasende Stoffe entwickeln sich unter Tage zu Zeitbomben.

Die niedersächsische Landesregierung hat wegen umweltpolitischer Bedenken mittlerweile ein groß angelegtes Kavernenprogramm eingestellt. Im Bergbauland Nordrhein-Westfalen ist ein Pilotprojekt von Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) ins Stocken geraten.

Die Dortmunder Zeche „Minister Stein“ war von Matthiesens Ministerium auf eine Verfüllung mit „bergbauspezifischen Abfällen“ geprüft worden. Nach einer noch nicht abgeschlossenen Studie der Ruhrkohle AG müssen wegen möglicher „Gesundheitsgefährdungen“ sämtliche Fässer und Kanister von einer Deponierung unter Tage ausgeschlossen werden, sofern sie Fette oder Hydraulikflüssigkeiten enthalten.

Auch im französischen Elsaß ist eine unterirdische Mülldeponie vorerst zurückgestellt worden. „Die Mehrzahl aller Gruben“, urteilt Experte Wiedemann vom Umweltbundesamt aufgrund der bisherigen Erfahrungen, sei für Deponiezwecke „völlig ungeeignet“.

Die neuen Goldgräber im Osten schreckt das offenbar nicht. Die Holdinggesellschaft der Mitteldeutschen Kali AG hat in einem internen Vermerk bereits eine Sprachregelung zur Propagierung der geplanten Untertagedeponien gefunden: „ein aktiver Beitrag zum Umweltschutz, insbesondere für die fünf neuen Bundesländer“.